

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Siegener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Siegen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Verlagsdruck und Verlag der Brüderlichen
Universitäts- und Steindruckerei.
R. Lange, Siegen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 51.
Redaktion: 112. Tel.-Nr. Anzeiger Siegen.

Mb. Deutscher Reichstag.

228. Sitzung. — Donnerstag, 5. März 1914.

Am Tische des Bundesrates: Krafke.

Präsident Dr. Raumpf eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Min.
Eingegangen ist eine Novelle zur Gewerbeordnung betreffend die Schankkonzessionen.

Der Postetat.

(Vierter Tag.)

In der Einzelberatung tritt

Abg. Werner-Hersfeld (Rfp.).

für Vervollständigung der Telegrapheninspektoren und Postagenten ein.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.).

Ich möchte dringend bitten, bei der Auswahl von Postagenten darauf zu sehen, daß die Erwählten auch wirklich das Vertrauen der Bevölkerung genießen und insbesondere nicht den anfänglichen Kaufleuten Konkurrenz machen.

Staatssekretär Krafke:

Für die Aufbesserung der Postagenten sind im Jahre 1913 280 000 Mk. ausgesetzt worden, im Jahre 1914 268 000 Mk. Bei Verringerung der Agenturen wird darauf gesehen, nur Persönlichkeiten zu gewinnen, die das Vertrauen der Gemeinde genießen, und die auch den Gewerbetreibenden am Orte keine Konkurrenz machen.

Eine Resolution der Budgetkommission, die eine Erhöhung der Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten und eine Erhöhung der Bezüge der weiblichen Beamtinnen bei den Postämtern III fordert, wird angenommen. Ebenso eine weitere Resolution, die nach Ablauf des ersten Betriebsjahres der Krankenkassen einen Bericht für den Reichstag über die zur Aufstellung der Kassen getroffenen Maßnahmen verlangt.

Die Ostmarkenzulagen.

Die Budgetkommission hat die wieder in den Etat eingestellten Ostmarkenzulagen in Höhe von 1 900 000 Mk. abermals gestrichen.

Anträge Baffermann (Raf.) und Schulz-Bromberg, Graf von Westarp (Konf.) fordern die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Außerdem liegt eine Resolution Schulz (Rp.), Graf Westarp (Konf.) vor, die den Reichstagsrat auffordert, zu erwägen, ob solche Zulagen nicht auch auf andere gemischtproportionale Kreise und Reichsteile ausgedehnt werden können, in denen ähnliche Verhältnisse obwalten wie in der Provinz Posen und den gemischtproportionalen Kreisen der Provinz Westpreußen.

Staatssekretär Krafke:

Aus dem Umstand, daß die Reichspostverwaltung die Ostmarkenzulagen wieder in den Etat eingestellt hat, können Sie ersehen, welchen Wert die Verwaltung darauf legt. Es wird im ganzen Hause kein Zweifel darüber sein, daß diese Zulagen für die Beamten sehr wichtig sind. Es handelt sich um rund 6000 Beamte. Die Frage wird noch heftiger, wenn man bedenkt, daß es Beamte sind, die jahrelang diese Zulagen bezogen haben, und die nun plötzlich 10 Prozent ihres Gehaltes verlieren sollen. Nun wurde die Meinung geäußert, daß die Sache nicht mehr so schwerwiegend sei, weil inzwischen die Beamten eine Gehaltssteigerung gehabt hätten. Die Tatsache ist ja richtig, die unteren und mittleren Beamten haben eine Gehaltssteigerung bekommen, aber sie steht doch in keinem Verhältnis zu dem, was sie durch den Wegfall der Ostmarkenzulagen verlieren.

Trotz der Gehaltssteigerung beträgt die Einbuße durch den Wegfall der Ostmarkenzulage bei den Landbriefträgern bis zu 140 Mark, bei der Schaffnerklasse bis zu 70 Mark, bei den Postkutschern bei den Oberpostdirektionen bis zu 70 Mark, bei den gehobenen Unterbeamten bis zu 210 Mark, bei der Assistentenklasse bis zu 180 Mark, bei der Sekretärklasse bis zu 420 Mark, bei den Obersekretären bis zu 420 Mark. Diese Zahlen reden doch eine deutliche Sprache. Sie zeigen, wie schwer der Eingriff in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten durch die Streichung dieser Zulagen vorgekommen ist. Man hat behauptet, diese Zulagen hätten korrumpierend gewirkt. Wenn es sich darum handelte, die einzuführen, dann könnte man es verstehen, wenn mißtrauische Leute etwas Zweifel haben, aber hier handelt es sich doch um Zulagen, die die Beamten jahrelang bezogen haben. Und der Vertreter der polnischen Fraktion hat kein Wort davon gesagt, daß die Beamten korrumpiert seien oder daß sie irgend einen Anlaß zur Klage gegeben hätten. (Zurufe bei den Polen: Na! na!) Der polnische Redner hat wohl einige Wünsche vorgebracht, aber Klagen über die Beamten sind nicht laut geworden. Ich habe kein Wort davon gehört, daß diese Zulagen etwa schädlich auf die Beamten gewirkt haben sollten. Die Beamten haben sich auf diese Zulagen eingerichtet.

Jeder verständige Mensch macht sich doch einen Plan für die Führung seiner Lebensweise, für die Versorgung seiner Kinder, für seine wirtschaftlichen Ausgaben. Die Beamten haben mit diesem Gelde gerechnet. Sie haben ihren Haushalt danach eingerichtet, ihre Miete, sie haben ihre Kinder etwas lernen lassen. Alles gestützt auf die Ostmarkenzulagen. Diese Tatsachen können doch nicht geleugnet werden. Nun sind diese Zulagen doch auch gegeben worden, um die Reichsbeamten mit den preussischen Beamten gleichzustellen. Jetzt muß der Postassistent für seine Wohnung denselben Preis bezahlen, wie der Bahnassistent, obwohl der Reichsbeamte so und soviel hundert Mark weniger bekommt. Die Zulagen haben keinen politischen Zweck. Ich bitte die Herren dringend, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Es handelt sich um das Wohl der Beamten. Es ist eine Unbilligkeit, und es ist ungerechtfertigt, daß man Beamten, die jahrelang dieses Geld bezogen haben, nun diese Zulage nimmt. Ich empfehle Ihnen dringend die Annahme der Anträge. (Beifall.)

Abg. Schlee (Raf.):

Es mutet wunderbar an, wenn behauptet wird, die Ostmarkenzulagen verfolgten politische, antipolnische und antisemitische Tendenzen. Das Gegenteil ist richtig. Wenn gar behauptet wird, daß sie den Kulturkampf betraufschützten, so frage ich: Wie kann denn nicht, was alle Welt weiß, daß wir so kulturkampfmüde wie nur möglich sind, daß wir lieber Unrecht leiden als Unrecht tun? Wir Deutsche müssen uns zusammenstellen ohne Unterschied der Konfession, wenn wir den polnischen Kulturkampf abwehren wollen. Deshalb lehnen wir jede antisemitische Agitation ab. Wir sind kulturkampfmüde. Die bestehende Zulage kann

doch nicht korrumpierend wirken. Eine solche Behauptung müßte bewiesen werden. So ist sie nur ein leeres Schlagwort. Unser Staat und seine Beamten sind von einem strengen Rechtsgesetz erfüllt, so daß sie sich durch eine kleine Zulage nicht in ihren Entscheidungen bestimmen lassen. Der Staat zahlt jedem Beamten dort die Zulage. Wir wollen sie deshalb auch den Reichsbeamten und zwar unbedenklich bewilligen, nicht als politische Maßnahme, sondern in ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber den preussischen Beamten. Die Reichsbeamten tun ihre Schulpflicht mit solcher Freude und Bewußtseinsfreiheit, so frei von Vorurteilen gegen das polnische Volk, daß gerade die Polen zuerst die Zulage bewilligen müßten. Ueberhaupt kommen nur untere und mittlere Beamte für die Zulage in Betracht, die kaum mehr Einkommen haben als ein bescheidener Arbeiter.

Abg. Kasse (Soz.):

Die Ostmarkenzulage ist eine politische Maßnahme und weiter nichts. Es handelt sich auch nicht um eine Fürsorge für mittlere und untere Beamte. Der Staatssekretär hat in diesen Tagen wiederholt eine eigenartige Vorrede für diese Beamten beklundet, er hat sie einfach in Stich gelassen. Im Osten ist es doch nicht so teuer. Einer Aufbesserung der Beamten werden wir bei der Beratung der Besoldungsabelle gern nacheilen. Wenn Preußen seine fremdsprachigen Staatsangehörigen sich angliedern will, soll es eine Politik der Gerechtigkeit, Humanität und Demokratie verfolgen.

Abg. Graf Westarp (Konf.):

Die Postbeamten in den polnischen Provinzen sind durch die Streichung der Zulage schwer geschädigt worden. Das muß bei ihnen schwere Erbitterung hervorrufen, weil sie gegen die preussischen Beamten wie Beamte minderen Grades erscheinen. Das Schicksal der Ostmarkenzulage steht in der Geschichte der Beamtenangelegenheiten ganz einzig da. Sie sollte den Beamten einen Ersatz bieten für die Schwierigkeiten, die ihnen die Verhältnisse in Posen machen. Die polnische Politik bezieht mit fanatischem Eifer mit gutem Erfolg die Absonderung der polnischen Bevölkerung von der deutschen. Der preussische Ostmarkenpolitik soll Widerstand erwiesen werden. Deshalb scheut sich die Mehrheit nicht, einer großen Zahl von Beamten Unrecht zu tun. Diese Beamten sind nicht bloß Deutsche und Evangelische, sondern vielfach auch Katholiken und Polen. Selbst in der Ostmark wird die Absonderung kaum verstanden werden. An die Sozialdemokraten wende ich mich bei ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen nationale Bestrebungen nicht. (Große Unruhe und Lachen bei den Soz.) Unser Antrag, die Zulage überhaupt in gemischtproportionalen Gegenden zu bewilligen, beweist, daß es sich nicht um eine politische Frage handelt. (Beifall rechts, Zischen bei den Soz.)

Abg. Kopich (Rp.):

Seitdem die Ostmarkenzulage auf unsern Antrag hin un-miderrücklich gemacht ist, haben wir für sie kämpfen können. Sie soll den Beamten für den schweren Dienst in gemischtproportionalen Gegenden entschädigen. Der Beweis, daß sie korrumpierend wirkt, ist nicht gebracht. Erschwerend ist, daß es sich nicht um die Abhebung einer neuen Forderung, sondern um die Aufhebung eines bestehenden Rechtes handelt. Mit den Beamten wird auch der gewerbliche Mittelstand im Osten geschädigt. Dem Antrage, Zulagen in allen gemischtproportionalen Gegenden zu bewilligen, stimmen wir zu. Wir halten ihn für wichtig, namentlich im Hinblick auf Ostpolen, wo die Eisenbahnbeamten ohnehin besser gestellt sind als die Postbeamten.

Abg. Brandts (Vole):

In der ganzen Debatte habe ich keinen durchschlagenden Grund für die Ostmarkenzulage gehört. Der einzige wäre, daß die Reichsbeamten den preussischen gleichgestellt werden müssen. Solche Gleichstellung ist aber nicht möglich. Der Beamte soll gar nicht polnisch können. Man verlangt von ihm die Unkenntnis des Polnischen. Es ist auch nicht nötig, daß die mittleren Beamten alle ihre Söhne studieren lassen, sie können sie anderen Berufen zuführen. Graf Westarp hat zugegeben, daß es sich hier um eine politische Maßnahme handelt. Nicht die Zulage an sich, sondern das System wirkt korrumpierend. Der Vole darf bei uns nicht Beamter werden, nicht einmal Nachwächter. Es gibt keine Gründe als politische.

Abg. Mertin (Rp.):

Mein Freund Schulz ist leider durch Krankheit in seiner Familie verhindert, heute hier zu sprechen und mit seiner gewohnten Eindringlichkeit für die Ostmarkenzulage einzutreten. Die Entscheidung der Zulage ist viel schlimmer als die Nichtgewährung von Anträgen. Denn die Beamten sind nun einmal auf die Zulagen eingerichtet, und deshalb ist es doppelt hart, wenn sie sie wieder verlieren. Von einer Korrumpierung der Beamten kann wahrlich nicht die Rede sein. In einem geordneten Staatswesen gibt es als Grundgesetz, daß man den Beamten nicht einen Teil ihres gesetzlich festgestellten Einkommens, ohne daß ein Verschulden vorliegt, entzieht. Unsere Resolution entzieht den Beamten den letzten Grund für ihre ablehnende Haltung. Wir verlangen keine Gnade für die Beamten, sondern nur Gerechtigkeit.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der selige Bülow-Bloed, der bei solcher Gelegenheit eine fröhliche Ausrufung feierte, hat zu beweisen gesucht, daß die Ostmarkenzulage nur eine wirtschaftliche Frage ist. Auch Graf Westarp hat in dieses Lothorn geirrt. Aber gleichzeitig hat er gesagt, er appelliere nicht an die Sozialdemokratie, weil sie für nationale Zwecke nicht zu haben ist. Damit hat er selbst die politische Bedeutung der Ostmarkenzulage ausgedrückt und zugleich einen für uns ungemein ehrenvollen Ausdruck getan. (Hört! Hört! rechts.) Weil er damit zugeht, daß wir nicht für Zwecke zu haben sind, die unter dem Namen „national“ in Wirklichkeit die Bestimmungskorrumpierung fördern. Mit ihrer angeblich nationalen, in Wahrheit erbärmlich chauvinistischen Politik, haben Sie nur erreicht, daß die nationale Einheit Deutschlands zerstört wurde. Mit der Ostmarkenzulage will man nur germanisieren. Haben Sie denn kein Gefühl für die Ungerechtigkeit und für den Mangel an nationalem Empfinden, der darin liegt? Jeder Deutsche im Ausland ist ein erbärmlicher Keul, wenn er sich durch die majoritaristische oder russifizierende Politik, die auf demselben niedrigen Niveau steht, wie diese Krafke-Gesellschaft, von seiner Rationalität abbringen läßt. Für die Gewährung der Zulagen ist nur die politische Meinung maßgebend. Darin liegt die infamste Korrumpierung. (Vizepräsident Dr. Pöschke ruft den Redner zur Ordnung.)

Der Staatssekretär hat nun auf einmal sein warmes Herz für die Beamten entdeckt. Die Postbeamten in Javern hat er

aber im Stich gelassen. (Vizepräsident Dr. Pöschke: Diese Angelegenheit ist bereits erledigt.) Ich will nur eine Parallele ziehen, hören Sie nur zu. (Heiterkeit.) Die Postbeamten in Javern... (Vizepräsident Dr. Pöschke: Ich bitte Sie, diese Ausführungen nur ganz kurz zu machen. — Großer Lärm bei den Soz.) Das entspricht ganz meinen Intentionen. (Heiterkeit.) Wenn der Staatssekretär sich so benimmt wie im Falle Javern, was müssen dann die von ihm abhängigen Beamten denken? Was sagen die korrumpierten Elemente, die es überall gibt? Sie sagen sich: Wir müssen diesen verdammten Bodes mal eine gehörig raube Seite zeigen, dann erwerben wir uns das Wohlwollen Krafkes. Wenn wir uns bemühen, neutral zu sein, so sehen wir uns in Nichts, und wenn wir dann von den Preußenbündlern angegriffen werden, dann nimmt uns Krafke nicht in Schutz. So sprechen die korrumpierten Elemente und handeln danach. Darum gehen sie auch gegen die Polen vor. So kommt es, wenn Staatssekretäre mit ihren Aussagen nicht vorsichtig sind. Das wirkt dann korrumpierend. Dieses Korrupzionssystem bekämpfen wir. (Wärmender Beifall der Soz.)

Vizepräsident Dr. Pöschke:

Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung. (Großer Lärm der Soz.) Sie haben behauptet, daß ein Korrupzionssystem besteht. (Beide: Ja wohl! — Beifall der Soz.) Dagegen muß ich die Regierung in Schutz nehmen. Das ist meine Pflicht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. von Zarinski (Vole):

Wir bestreiten, daß wir staatsfeindliche Bestrebungen verfolgen. Die Ostmarkenzulage bleibt eine eminent politische Frage.

Staatssekretär Krafke:

Es handelt sich hier nicht um eine politische Frage, sondern darum, daß Sie im Begriffe sind, Beamten den zehnten Teil ihres Gehaltes vorzuenthalten. Das ist die einzige Frage, die hier erörtert wird, ob die im öffentlichen Dienst beschäftigten Postbeamten irgend welchen Anlaß bieten, sie der Zulage zu berauben. Eine sehr ernste Frage: Liegen wirklich Gründe vor, in die Lebensweise dieser Beamten so einzugreifen, wie Sie es tun wollen? Man hat einen Vergleich zwischen den Gehältern der Reichsbeamten und der württembergischen herangezogen. Darum handelt es sich hier auch nicht, sondern um ein ganz besonderes Terrain, auf dem sonst keine Beamten sind als preussische und diese preussischen Beamten erhalten nur einmal die Zulage. Dabei ist wohl zu beachten, daß auch die Postbeamten vom König von Preußen ihre Anstellung erhalten, ebenso wie etwa die Eisenbahnbeamten. Die letzteren erhalten die 10 Prozent Zulage, die Postbeamten nicht. Die demselben König von Preußen verpflichtet sind. Dann ist auch zu bedenken, daß unter den 6000 Postbeamten sich etwa 9 Prozent Polen befinden. Ich verzichte darauf, dem Abgeordneten Ledebour zu antworten. Ganz anders, als in Menschenfäpfen, muß sich in seinem Kopf die Welt!

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

Reine politischen Freunde werden bei unserem Beschluß bleiben und die Zulage ablehnen. (Beifall im Zentrum.) Den Staatssekretär möchte ich bitten, er wolle mit dieser Position nicht mehr kommen, so lange das Haus wie jetzt zusammengekehrt ist. Ob es sich dabei auch um katholische Postbeamte handelt, ist ganz gleichgültig. Ebenso die Unbedenklichkeit der Zulage. Denn unbedenklich ist genau dasselbe wie das „widerruflich“ in der preussischen Zulage, so lange der Beamte, der die Zulage erhält, jeden Augenblick berufen werden kann und dadurch die Zulage verliert. (Sehr richtig! im Zentrum.) Deswegen ist die Zulage verwerflich und muß korrumpierend wirken. Der Fall des einzelnen Beamten steht gar nicht in Frage. Aber die Verschwendung und damit der Verlust der Zulage hängt beständig über ihm. Deshalb stimmen wir gegen die Zulage und zwar dauernd. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Die Anträge Baffermann (Raf.) und Schulz (Rp.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage werden in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 127 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Damit sind die Ostmarkenzulagen wieder gefallen. Für die Zulagen stimmen mit der Mehrheit die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei.

Auch die Resolution Schulz (Rp.), Westarp (Konf.) auf Gewährung von Zulagen für alle gemischtproportionalen Gebiete wird in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 121 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

Abg. Behrens (Wirtsh.) (Bgg.):

bedauert, daß bei den Postbetriebskrankenkassen die Familienhilfen aufgehoben worden sind. Das ist ein unglaublicher sozialer Rückschritt. Statt diese Hilfen auszu-dehnen, beseitigt man sie. Der Hinweis auf die vorhandenen Unterstützungstitel ist unzureichend. Ich bitte, die Familienhilfe noch im Laufe des Jahres allgemein einzuführen. Geschick! das nicht, so werde ich die Einstellung eines Staatssekretärs beantragen. Sollte kein Geld dafür zu haben sein, so werde ich vorschlagen, aus dem Gehalt des Staatssekretärs das Geld zu entnehmen.

Direktor im Reichspostamt Aichenborn:

Wir konnten nicht so vorgehen, wie die anderen Verwaltungen, weil bei uns die Verhältnisse ganz anders liegen. Wir haben sobald die Reichsvorschriften erschienen war und die Krankenkassen-Satzungen feststanden, die Frage studiert, und wir müssen abwarten, was wir tun können. Jedenfalls kann man uns nicht vorwerfen, daß wir von einer Einrichtung zurückgetreten sind, die sich bewährt hat. Die Beamten selbst haben bisher die Familienhilfe nicht gewünscht, und in den Satzungen ist nichts davon enthalten.

Abg. Dr. Luard (Soz.):

Die unterirdischen Fernspreche und Telegraphenleitungen haben ja angenommen, aber sie entsprechen noch lange nicht den Bedürfnissen. Das Tempo des Baues von Kabeln muß wesentlich beschleunigt werden. Freilich hat die Verwaltung, je mehr Kabel sie anlegt, desto mehr Einnahmen, weil sie in Zeiten der Störungen und Änderungen des Publikums zu dringenden Gesprüchen zwingt. Das ist aber ein ganz unerhörter Zustand, daß man das Publikum für die Rückständigkeit der Postverwaltung straft.

Staatssekretär Krafke:

Wir streben allerdings danach, die Fernsprecheitungen unterirdisch zu legen. Das ist aber erst seit zwei Jahren technisch mög-

